D-01-03 NEU Dringlichkeitsantrag: Nach mehr als zweieinhalb Jahren Krieg in der Ukraine: Verteidigungsfähigkeit der Ukraine stärken und Zivile Konfliktbearbeitung fördern!

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch u.a. und Thomas Mohr u.a. (KV Vulkaneifel und KV München)
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Seit Antragsschluss zur BDK haben sich entscheidende Entwicklungen im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ergeben: Die Demokratische Volksrepublik Korea beteiligt sich nunmehr auch mit eigenen Truppen an Kampfhandlungen, der ukrainische Präsident Selenskyj hat einen – von Fachleuten als unrealistisch eingestuften – „Siegesplan" vorgestellt. Zudem wurde im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages eindringlich vor einer systematischen Desinformationskampagne Russlands in Deutschland gewarnt.

Letztlich wird die Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump den weiteren Kriegsverlauf massiv beeinflussen, da eine weitere Unterstützung durch die USA, schon gar nicht auf dem extrem hohen finanziellen Niveau in Bidens Amtszeit, fraglich ist. Die europäischen Mitglieder der NATO werden diesen Ausfall – wenn er denn kommt – in keiner Weise ausgleichen können.

Die russische Invasion brachte eine historischen Zäsur der europäischen Sicherheitsordnung. Unsere Haltung und unser Handeln werden darüber entscheiden, ob unsere Ordnung, welche die UN-Charta und das Völkerrecht beachtet, ihre gegenwärtige Krise übersteht oder ob militärische Gewalt und das Recht des Stärkeren sich durchsetzen. Gerade unsere grüne Kernprogrammatik – zivile Konfliktbewältigung im Sinne eines breiten und vernetzten Sicherheitsbegriffes und dekolonialer Ansätze – erfordert dringend an diesem neuralgischen Punkt beherztes Handeln. Zu all diesen Entwicklungen bedarf es baldigst einer parteiinternen Debatte und Positionierung.

1. Kriegspartei Nordkorea (Demokratische Volksrepublik Korea)

Durch den Einsatz nordkoreanischer Truppen im Ukrainekrieg ist eine neue Situation im Kriegsgeschehen entstanden. Dieser Einsatz könnte im Gegenzug eine Eskalation auf der koreanischen Halbinsel provozieren und stellt eine massive Bedrohung nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die europäische sowie asiatische Sicherheitsarchitektur (ASEAN) dar. Die militärische Allianz zwischen Russland und Nordkorea ist ein klares Zeichen dafür, dass Moskau auf eine internationale Eskalationsstrategie setzt, aber auch dass die Opferzahlen in Russland mittlerweile eine innenpolitische Rolle spielen.

2. Friedensplan und atomare Gefahren

Die Situation der Ukraine ist entscheidend für die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung. Für einen stabilen und nachhaltigen Frieden sind Sicherheitsgarantien für die Ukraine essentiell. Diesbezüglich hat der ukrainische Präsident auf dem EU-Gipfel und dem parallel stattfindenden NATO-Treffen in Brüssel seinen sogenannten "Siegesplan" vorgestellt. Dabei hat er ausgesprochen, dass eine nukleare Bewaffnung der Ukraine die einzige Alternative zu einer NATO-Mitgliedschaft sei. Diese Drohung Selenskyjs, die ukrainische Sicherheit durch den Besitz von Atomwaffen sicherstellen zu wollen – sollte sie nicht NATO-Mitglied werden und/oder entsprechende Sicherheitsgarantien erhalten –, verdeutlicht, wie sich in diesem Konflikt die Eskalationsspirale immer weiter dreht und wie groß die Gefahr eines nuklearen Schlagabtausches ist, wenn wir nicht unseren Beitrag zu einer Zivilen Konflikttransformation leisten.

Statt eine friedensfördernde Wirkung zu haben, führt diese Drohung zu einer weiteren Verschärfung der globalen Sicherheitslage. Eine nukleare Aufrüstung der Ukraine ginge derzeit nicht aus eigener ukrainischer Kraft, sie wäre schon gar nicht von dieser zu finanzieren und würde so die unterstützenden Staaten nach Russlands Doktrin zum direkten Angriffsziel machen.

Aber auch dem Sicherheitsinteresse der russischen Seite muss entgegen gekommen werden, soll ein echter Friedensschluss – und kein Diktatfrieden zulasten der Ukraine – erreicht werden. Als erster Schritt sollte von der deutschen Regierung dazu eine Initiative zu neuen Abrüstungsabkommen zwischen NATO und Russland erfolgen. Gestartet werden kann mit einer Wiederbelebung der gekündigten und abgelaufenen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsverträge:

- INF, Abschaffung aller landgestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper, 2019 ausgelaufen nach Kündigung durch die USA;
- KSE-Vertrag, konventionelle Streitkräfte, von Russland 2023 gekündigt;
- START-Vertrag, Reduzierung strategischer Trägersysteme für Nuklearwaffen, Februar 2022 von Russland ausgesetzt;
- Open Skies, Überfliegen von Mitgliedsstaaten auf vorher vereinbarten Routen, USA sind November 2020 ausgetreten, Russland folgte Dezember 2021

sowie mit neuen Initiativen.

3. Deutschland im Visier Russlands: systematische Desinformations- und Propagandakampagnen

Russland betrachtet die Bundesrepublik Deutschland und den Westen schon seit längerer Zeit als Kriegsgegner und führt bereits einen hybriden Krieg gegen den Westen. Dies wurde in der jüngsten öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) deutlich, bei der systematische russische Desinformations- und Propagandakampagnen, durchgeführt durch Geheimdienste und sogenannte "Trollfabriken", im Zentrum standen. Diese Angriffe zielen darauf ab, unsere Demokratie zu destabilisieren und das Vertrauen in unsere Institutionen

zu untergraben. Ein aktuell alarmierendes Beispiel ist die Einmischung in das Referendum in der Republik Moldau und in die Wahl in Georgien, wo Moskau Maßnahmen ergriffen hat, um freie und faire Wahlen zu torpedieren.

4. Russland rüstet massiv auf, liegt aber immer noch weit hinter der NATO

Parallel dazu baut Russland seine konventionellen Streitkräfte massiv aus und strukturiert diese neu. Es hat seine Ökonomie auf Kriegswirtschaft umgestellt, 2025 läge der Etat dann bei knapp 130 Milliarden €. (Zum Vergleich: allein der Etat von GB, Frankreich, Deutschland, Polen und Italien liegt in der Summe bei ca. 310 Milliarden €, der Etat der USA bei 968 Milliarden US-$) Es wird behauptet, dass Russland spätestens gegen Ende dieses Jahrzehnts personell und materiell in der Lage sein wird, einen Angriff gegen einzelne NATO-Länder zu starten, ohne eine sofortige Niederlage fürchten zu müssen.

Auch wenn die Gefahr eines russischen Angriffes durchaus besteht, könnte die NATO selbst ohne die USA militärisch so dagegenhalten, dass ein Angriff nicht erfolgreich wäre. Nötig bleibt es, dass die Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine, aber vor allem diplomatische Vermittlungen und Initiativen vorangetrieben werden, um das dauerhafte Sterben zu beenden. Der langanhaltende Krieg destabilisiert die gesamte Region und Westeuropa.

5. Stimmen des „Globalen Südens“

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die internationale Zusammenarbeit Deutschlands postkolonial und antirassistisch auszurichten. Deshalb ist es uns besonders wichtig, auf die Stimmen aus dem sogenannten „Globalen Süden“ zu hören. Brasilien, Mexico, Indien, Indonesien, die Afrikanische Union und andere Staaten haben Ideen und Initiativen für ein Ende des Krieges eingebracht. Diese Ansätze wollen wir fördern und unterstützen. Denn wir wissen: In dieser hocheskalierten Situation braucht es hilfreiche Dritte, die das Vertrauen beider Kriegsparteien gewinnen können. Nur unter aktiver Beteiligung des Globalen Südens kann realistischerweise ein Waffenstillstand ermöglicht und ein Friedensprozess eingeleitet werden. So wird auch eine wünschenswerte Fortsetzung der Friedenskonferenz in der Schweiz vermutlich in einem nicht-europäischen Land stattfinden müssen, das nicht nur von der Ukraine, sondern auch von Russland als Vermittler akzeptiert wird.

6. Vermittlungs- bzw. Kontaktgruppe

China hat sich zuletzt außenpolitisch – unabhängig von seinem Umgang mit Menschenrechten im Inneren und seiner Taiwanpolitik – mehrfach als erfolgreicher Vermittler in aktuellen Konflikten profiliert (Iran und Saudi Arabien, Fatah und Hamas). China ist allerdings ein zunehmend wichtigerer Verbündeter Russlands und kann deshalb aus westlicher Sicht schwerlich als neutraler Vermittler gelten. Wenn auf westlicher Seite eine Bereitschaft zur Einleitung von im Rahmen des Völkerrechts grundsätzlich ergebnisoffenen Verhandlungen zur Beendigung des russischen Angriffskriegs besteht, könnte China in Kombination mit den USA auf die aktiven Kriegsparteien – Russland und die Ukraine – in Richtung eines Kriegsendes einwirken. China und die USA könnten ihre spezifischen Kompetenzen gemeinsam mit anderen Staaten in eine größere Vermittlungs- bzw. Kontaktgruppe

einbringen. In diesem Fall könnten sich die nahen Beziehungen zwischen China und Russland einerseits und zwischen den USA und der Ukraine andererseits als Chance für das lang erhoffte Ende von Leid, Tod und Zerstörung in der Ukraine erweisen.

7. Eigenes Verhalten des Westens in den Blick nehmen

Wir wissen, wie wichtig es für einen Vertrauensaufbau ist, nicht reflexhaft die andere Seite zu rügen, sondern selbstkritisch das eigene Verhalten in den Blick zu nehmen. Wir prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein anderes an. Deshalb betonen wir an dieser Stelle ausdrücklich, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nicht der einzige seiner Art in den letzten Jahrzehnten ist. Wir erinnern beispielhaft an den von der US-Regierung unter G.W. Bush geführten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak 2003, den die damalige rot-grüne Bundesregierung aus guten Gründen abgelehnt hat. Der Angriff der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ auf den Irak erfolgte trotz fehlenden UN-Mandats. Die von den USA dem UN-Sicherheitsrat vor dem Angriff vorgelegten angeblichen Beweise für eine Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak erwiesen sich im Nachhinein als Lüge. Unsere Zustimmung im Jahr 1999 zum – ebenfalls ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats erfolgten – Angriff der NATO auf Serbien, um einem befürchteten Völkermord im Kosovo zuvorzukommen, war für uns eine „statthafte Ausnahme, aber kein Präzedenzfall“. Wir müssen jedoch einräumen, dass Russland diesen NATO-Angriff auf Serbien damals sehr wohl als Bruch des Völkerrechts eingeordnet hat und ihn heute für seine Argumentation im Hinblick auf den eigenen Angriffskrieg gegen die Ukraine benutzt.

8. Klimakrise erfordert globale Zusammenarbeit statt Aufrüstung

Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die Klimakrise. Ein Jahrhundert der Konfrontation und der Aufrüstung kann sich die Menschheit nicht leisten. Nur gemeinsam können die Erderwärmung gestoppt und ihre Folgen abgemildert werden. Dafür werden auch die Reform und die Stärkung der globalen Institutionen, insbesondere der UN-Institutionen notwendig sein.

Der Beginn eines ernsthaften Gesprächsprozesses aller direkt und indirekt Beteiligten des Ukrainekriegs in Richtung Waffenstillstand und Friedensverhandlungen wäre ein weltweites Hoffnungszeichen. Eine gemeinsame Konfliktlösung stellt eine große Ermutigung dar, um die für das Überleben der Menschheit als Ganzes wirklich wichtigen Aufgaben zusammen engagiert anzugehen. Statt einer gefährlichen Aufrüstungsspirale können so wieder Abrüstungsverhandlungen in Gang kommen. Dann können die Ressourcen, die momentan für Militär und Rüstung eingeplant werden, für die dringend nötige Bekämpfung der Klimakrise, des Artensterbens und die Stärkung des Naturschutzes verwendet werden.

Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, dass wir – als einzelne Menschen und als gesamte Menschheit – über die Fähigkeit der konstruktiven Konflikttransformation verfügen. Wenn wir gleichwertig und fair zusammenarbeiten, sind wir in der Lage, die aktuellen Krisen und Konflikte zu meistern. Dafür setzen wir uns ein! Dieses wichtige Zeichen der Hoffnung und Ermutigung wollen wir von diesem Parteitag aussenden.

Resümee

Die EU und die NATO müssen zukünftig nicht nur mit möglichen russischen Angriffen rechnen. Sie müssen vor allem ihre internationale Politik ändern, um von den Ländern außerhalb unserer Bündnisse als glaubhafte Partner anerkannt zu werden. Andernfalls droht eine breite Allianz gegen den Westen. Die von der Ukraine geforderte Lieferung von weitreichenden Waffen und die Genehmigung ihres Einsatzes befördert eine Eskalation.

Wir müssen als eine der führenden Mächte in Richtung einer nichtmilitärischen Konfliktlösung aktiv werden. Ernsthafte diplomatische Lösungen und echte Friedensverhandlungen müssen vorangetrieben werden. Dabei muss gleichzeitig die militärische Unterstützung der Ukraine in der Verteidigung gegen die gemäß Kapitel VII UN-Charta völkerrechtswidrigen Angriffe Russlands auf zivile Ziele gestärkt werden. Wir als Bündnis 90/Die Grünen können und müssen eine starke Stimme der Unterstützung für Sicherheit und Frieden sein – auch mit Blick auf unsere Geschichte und unsere Beschlusslage. Wir müssen uns in unseren bevorstehenden programmatischen Debatten und Wahlkämpfen auch dezidiert positionieren.

Wir dürfen das Friedensthema nicht anderen Parteien in Deutschland überlassen. Bündnis 90/Die Grünen müssen weiter als starker Partner an der Seite der Ukraine stehen und gleichzeitig die Vermittlungsbemühungen des Globalen Südens fördern. Wir dürfen die Menschen in der Ukraine nicht alleine lassen. Sie brauchen dringend Frieden!

Die BDK beschließt vor dem Hintergrund dieser kritischen Lage:

1. diplomatische Initiativen neutraler Staaten (u.a. des Globalen Südens) aktiv zu unterstützen und zu intensivieren mit dem Ziel, schnellstmöglich einen Waffenstillstand und in der Folge Friedensverhandlungen einzuleiten

2. auf die bisherigen Unterstützer Russlands wie BRICS oder Vermittler wie die Türkei zuzugehen und deren Vorschläge (z.B. Chinas 12-Punkte-Plan) aufzugreifen, um Bündnisse gegen die Ordnung der UN-Charta und des Völkerrechtes zu verhindern

3. eine deutliche Positionierung bezüglich Schutzgarantien für die Ukraine im Fall eines Friedensschlusses zu erarbeiten

4. eine deutliche Stärkung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit, vor allem der zivilen Ziele – unter Einbeziehung von Konzepten sozialer

Verteidigung, aber auch eines funktionierenden „Iron Dome“ –, zu ermöglichen

5. uns klar zu positionieren, dass eine atomare Bewaffnung der Ukraine nicht akzeptabel ist

6. die Ukraine bei Aufbau und Stärkung einer dezentralen Energieinfrastruktur zu unterstützen

7. das außenpolitische Profil von Bündnis 90/Die Grünen als Partei hervorzuheben, die konsequent an der Seite der Angegriffenen steht und für die Bewahrung von Menschenrechten, unsere europäische Sicherheitsordnung und eine regelbasierte Weltordnung, die sich auf die UN-Charta und das Völkerrecht gründet, einsteht

8. diese Fragen im (außenpolitischen) Programmprozess und im Bundestagswahlkampf zu priorisieren.

9. Es gibt ein großes Bedürfnis nach innerparteilicher Debatte bei diesem Thema. Verschiedene grüne Grundüberzeugungen stehen hier in Konflikt miteinander. Es handelt sich um eine Dilemma-Situation, in der es keine einfache, schmerzlose Entscheidung gibt. Um Positionen für eine immer weitgehendere militärische Unterstützung der Ukraine und Positionen für eine (verstärkte) Unterstützung externer Verhandlungsbemühungen in ein konstruktives Gespräch miteinander zu bringen, wird ein innerparteilicher Gesprächsprozess initiiert. Der Bundesvorstand achtet darauf, dass in diesem Gesprächsprozess beide Positionen gleichwertig beteiligt werden. Aus diesem Gesprächsprozess ergeben sich die Formulierungen für das Bundestagswahlprogramm.

Begründung der Dringlichkeit

aus Antragsverfahren

Begründung

Dieser Antrag ersetzt die Anträge D-01/02, D-01-031, D-01-060, D-01-065, D-01-065-2, D-01-081-2, D-01-092